

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/XXII/61

Bonn, den 30. März 1967

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite</u>		<u>Zeilen</u>
1 - 2	<u>Geschichtsfälschung</u>	74

Die Wartburg, Eisenach und die SED

Von Franz Barsig

3	<u>Überdreht</u>	43
---	------------------	----

Propaganda aus Ostberlin gelassen registrieren

4	<u>GLOSSE:</u>	35
---	----------------	----

Haß nach Noten

Kampflieder gegen "Feinde von Bonn bis Saigon"

5 - 6	<u>Ausgleich mit Jugoslawien?</u>	86
-------	-----------------------------------	----

Wirtschaftsbeziehungen auf breiterer Basis

Von Dr. Alfred Graef

Geschichtsfälschung

Die Wartburg, Eisenach und die SED.

Von Franz Barsig

Steine und Tote können sich nicht wehren. Und so werden wir in diesem Jahr noch häufig hören, daß die SED, "die nationalen und humanistischen Traditionen der Wartburg fortführt". Die SED will, so formulierte es der heutige Direktor der Wartburg, Werner N o t h, die nationalen Jubiläen des Jahres 1967 dazu benutzen, um klarzustellen, daß der Ulbricht-Staat der rechtmäßige Bewahrer aller fortschrittlichen Traditionen des deutschen Volkes ist.

Diese nationalen Feste, die die SED usurpieren möchte, sind das 900-jährige Bestehen der Wartburg, die Erinnerung an 450 Jahre Reformation und die 150-jährige Wiederkehr des Wartburger Festes der Deutschen Burschenschaften.

Bei der 900-Jahr-Feier der Wartburg hat die SED sich darauf beschränkt, ganz allgemein das progressive Erbe der Geschichte der Wartburg zu feiern. Ins geschichtliche Detail ging sie nicht. Es sollte auch wirklich schwerfallen, von Landgraf Ludwig dem Springer eine direkte Linie zur SED zu ziehen, wie es ebenso schwerfallen sollte, etwa die 1235 heilig gesprochene Elisabeth als Ahnherrin in Anspruch zu nehmen, obwohl sie unterhalb der Burg ein Hospital gründete und damit, wie es die SED heute sagt, "eine sozialistische Tat vollbrachte". Das geschah wohl aus anderen Antriebskräften als aus SED-sozialistischen.

Da es also mit der älteren Wartburg-Geschichte nur sehr holprig und verbogen geht, greift man um so stärker auf die jüngere Vergangenheit zurück. Unverfroren und klitternd auch hier, denn während des Osterfestes brachte es der SED-Propagandachef Albert N o r d e n fertig, bei der Eröffnung der Gedenkstätte Eisenschers Parteitag 1869 zu behaupten, die SED sei der legitime Nachfahre der in Eisenach gegründeten Sozialdemokratischen Partei. Das ist schon geschichtlich nicht ganz korrekt, denn diese Namensgebung wurde formell erst 1870 in Stuttgart beschlossen.

Wichtiger ist, daß Albert Norden bei seinen Zuhörern vorausgesetzt haben muß, daß sie das Eisenacher Programm von 1869 nicht kennen. Dieses Programm lautete in der Ziffer II 1 wörtlich:

* "Der Kampf für die Befreiung der arbeitenden Klassen ist nicht

- * ein Kampf für Klassenprivilegien und Vorrechte, sondern für gleiche Rechte und Pflichten und für die **A b s c h f f u n g**
- * aller Klassenherrschaft."

Die angeblich legitimen SED-Erben von Eisenach haben in ihrer praktischen Politik nichts mit dem Eisenacher Programm gemein. Ganz im Gegenteil, sie versäumen keine Gelegenheit, um sich selbst als Klassenpartei zu feiern.

Noch wichtiger aber ist die Ziffer 4 des Eisenacher Programms, in der es heißt:

"Die politische Freiheit ist die unentbehrliche Vorbedingung zur ökonomischen Befreiung der arbeitenden Klassen," und die Lösung der sozialen Frage wird untrennbar mit dem demokratischen Staat verknüpft.

Nun mag die SED sich drehen und wenden, wie sie will, aber sie wird niemals beweisen können, daß ihr Staat politische Freiheit gewährt. Sie kann sich höchstens volksdemokratisch, aber nie demokratisch nennen. Mit dem Geist des Eisenacher Programms kann sich diese Partei nicht identifizieren. Im Gegenteil, es schlägt sie. Es schlägt in pikaresker Weise historisch sogar Walter Ulbricht, denn schließlich ist der Arbeiterkongreß in Eisenach aufgrund der erbitterten Auseinandersetzungen um den sogenannten Cäsarismus in der Lassallianischen Bewegung zusammengetreten.

Doch von der Geschichte wieder zur Gegenwart. Die Erinnerung an Eisenach und der Auftakt zu den 900-Jahr-Feiern der Wartburg führten zur Veröffentlichung eines sogenannten Wartburg-Manifestes, in dem die Bundesrepublik und ihre Repräsentanten in - man kann es nicht anders bezeichnen - unflätiger Weise angegriffen werden. So beispielsweise in dem Satz:

- * "Noch immer stirbt der Ruf nach Freiheit auf den Richtplätzen des deutschen Imperialismus, dessen Raubritter und Kanzler sich wie zuvor in der Geschichte der untergehenden Klassen, noch immer mit dem Pesthauch selbstherrlicher Anmaßung umgeben."

Wer so spricht, der hat nichts mit der Tradition der Wartburg zu tun und der darf sich auch nicht auf Eisenach berufen.

Noch auf eine Randerscheinung sei hingewiesen. In der Reihe der Ehrengäste anlässlich der Feierlichkeiten zu Ostern fand man auch den sowjetischen Armeegeneral Kolesnitschenko. Er war der erste Chef der sowjetischen Militärverwaltung in Thüringen, der bei der Zwangsvereinigung von KPD und SPD ein wahres Terrorregime ausgeübt hat. Das also ist die jüngere Tradition, aber im Grunde genommen die wahre Tradition der SED.

Überdreht

Propaganda aus Ostberlin gelassen registrieren

sp - Es vergeht kaum ein Tag, an dem nicht aus Ostberlin die heftigsten Angriffe gegen die Bundesrepublik und besonders gegen die neue Bundesregierung gerichtet werden. Die Zeitungen jenseits von Zonengrenze und Mauer walzen die von Ostberlin herausgegebenen Parolen mächtig aus; ihre Kommentatoren gebärden sich, als sei morgen mit einem Überfall auf den SED-Staat zu rechnen. Je gelassener die Bundesrepublik diese hektischen Angriffe zur Kenntnis nimmt, um so gereizter wird der Ton im anderen Teil Deutschlands.

Die Propagandazentralen in Ostberlin haben in den letzten acht Wochen ihre mehrsprachigen Presseerzeugnisse, die vor allem in die Hauptstädte der Warschauer-Pakt-Staaten geschickt werden, fast verdoppelt. Die Redaktionen der Zeitungen in Warschau, Prag, Budapest, Bukarest und Sofia ertrinken buchstäblich in einer Papierflut von Angriffen gegen Bonn. Auch zahlreiche französische, belgische und niederländische Zeitungen werden mit ähnlichem Material überschüttet.

Aber im Verhältnis zu diesem Kraftaufwand ist das Ergebnis in der nichtdeutschen Presse außerhalb des Machtbereichs der SED ziemlich mager. Abgesehen von offiziellen Verlautbarungen der Regierungen dieser Länder des Ostblocks, die selbstverständlich veröffentlicht werden, nimmt man in den Redaktionen selbst nur wenig Notiz von dem aus Ostberlin übermittelten "Material". Wie es heißt, haben sich "zuständige Stellen" in Ostberlin bereits darüber beschwert, und die Nichtbeachtung ihrer Presseerzeugnisse als "Mangel an Solidarität" kritisiert.

Es gibt zahlreiche Hinweise darauf, daß man sich in den meisten Hauptstädten der Warschauer-Pakt-Staaten nicht wohl fühlt bei dem Gedanken, Ostberlin wolle das "Sozialistische Lager" in seiner Gesamtheit für alle Zeiten von Westeuropa separieren und die eisige Atmosphäre des Kalten Krieges erhalten. Dies dürfte wohl der Grund sein, daß zahlreiches Propagandamaterial aus Ostberlin in den Papierkorb wandert und daß man sich gewisser Fleißaufgaben dadurch entledigt, daß man nur offizielle Kommuniqués verbreitet.

Es ist nicht anzunehmen, daß die Machthaber in Ostberlin bald einsehen werden, wie sehr sie ihre gegen die Bundesrepublik und vornehmlich gegen die neue Bundesregierung gerichtete Propaganda überdreht haben. Je unbeirrter jedoch die Bundesregierung ihren Weg der Verständigung auch mit den Völkern Ost- und Südosteuropas verfolgt, und je eindeutiger ihr Wille zum eigenen Beitrag für die Sicherung des Friedens in Europa zum Ausdruck kommt, um so schneller wird die hektische Periode der gegen die Bundesrepublik gerichteten Angriffe überstanden werden können.

GLOSSE:

Haß nach Noten

E.Sch - In Ulbrichts SED-Staat wird gelegentlich die Uhr um hundertfünfzig Jahre zurückgedreht. Da schmiedeten 1813 bis 1815 deutsche patriotische Dichter eiserne Reime, um die müde gewordene Liebe zu König und Vaterland neu zu beleben, ja, aus ihrem Dornrösleinschlaf zu wecken. Die Ernst Moritz Arndt, Theodor Körner, Max von Schenkendorf, Rückert brachten die deutsche Volksseele zum Kochen gegen Napoleon. Zugleich wurde allerdings auch der Haß gegen das französische Volk großgezogen; unter diese deutsch-französische "Erbfeindschaft" ist ein dicker Strich gezogen worden.

Aber es gibt immer wieder Deutsche, die ohne Haß nicht leben können und nicht leben wollen. Sie züchten künstlich den Haß gegen ihre eigenen Landsleute. Das beginnt bei der NVA, der sogenannten "Nationalen" Volksarmee, die weder national ist, da sie nach sowjetischem Vorbild uniformiert, gedrillt und überwacht wird, noch eine Armee des Volkes - und es reicht hinunter bis zum kleinsten Gesangsverein

Was singt man dort? Kampf- und Krampflieder, soweit lieferbar. Damit scheint es zu hapern, denn die die ostzonale "Tribüne" beklagt, daß Lieder fehlen, "die die Jugend mitreißen und begeistern können. Wahrscheinlich denken einige "auch Komponisten und Schriftsteller", das Kämpfen ist vorbei.

Gesang ist drüben selbstverständlich "sozialistische Kunst mit ihrem zutiefst humanistischen Inhalt als einen Teil unseres Kampfes um ein glückliches Leben im Sozialismus. In ihr spiegelt sich die Lebensfreude der Bürger unseres Staates wider, die Treue zur Sache der Arbeiterklasse, ihre Siegeszuversicht, aber auch ihr Haß gegen die westdeutschen Imperialisten, gegen die Neonazis. "Wir wählen solche Lieder die Haß zu wecken vermögen gegen die Feinde unserer Republik und gegen die Feinde des Friedens von Bonn bis Saigon..." schrieben in "Neues Deutschland" Hilliger und Walter Fels vom "Chor des Hermann-Duncker-Ensembles. - Haß nach Noten - wirklich eine "sozialistische" Errungenschaft als sinnvolle Ergänzung zur plakatierten "humanistischen" Friedensliebe. Wie wäre es, wenn Ulbricht den Schießbefehl gegen jene Landsleute, die diese Errungenschaft saßhaben, in Musik setzen ließe? Denn es gibt offenbar zu viele, die nicht nach seiner Pfeife tanzen wollen.

Ausgleich mit Jugoslawien?

Wirtschaftsbeziehungen auf breiterer Basis

Von Dr. Alfred Graef

Trotz fehlender diplomatischer Beziehungen zu Jugoslawien hat sich unser Handelsverkehr mit diesem bedeutenden südosteuropäischen Land in den letzten Jahren stetig weiterentwickelt. Dieser Handel leidet jedoch unter einer erheblichen jugoslawischen Passivität, die auch mit ständig wachsenden Einnahmen aus dem Touristenverkehr bei weitem nicht ausgeglichen werden kann. Immerhin ist es erfreulich, daß Jugoslawien aus diesem Verkehr im vergangenen Jahr 163 Millionen DM Devisen verdienen konnte, ein Betrag, der noch steigerungsfähig ist, wenn die Jugoslawen bei ihrem relativ günstigen Preisniveau verbleiben.

Allerdings kann ein noch so großer Fremdenverkehr einen intensiven Gütertausch nicht ersetzen. Voraussetzung hierfür wäre aber in Jugoslawien, daß:

- * eine noch forciere Industriearisierung des Landes bei stärkerer Ausnutzung der vielseitigen Rohstoffquellen erfolgt;
- * eine Intensivierung der landwirtschaftlichen Produktion bei verstärkter industrieller Verarbeitung der Rohprodukte zu exportfähigen Veredelungsprodukten stattfindet, und
- * eine intensivere industrielle und landwirtschaftliche Kooperation mit westlichen Ländern im Hinblick auf die Erzeugung von exportfähigen Produkten zur Lieferung nach den Kooperations- oder Drittländern platzgreift.

Die Grundvoraussetzungen für eine solche Entwicklung sind sowohl von der politischen als auch von der wirtschaftlichen Seite heute in Jugoslawien gegeben. Ein entscheidender Mangel ist jedoch die schwache Kapitalausstattung der Betriebe und das Fehlen von für eine hochmoderne Industrie ausreichend geschulten Ingenieuren, Technikern und Facharbeitern. Ähnliches gilt auch für die Landwirtschaft.

Auf diesen Gebieten bietet sich aber die Möglichkeit einer intensiven Kooperation zwischen Jugoslawien und der Bundesrepublik Deutschland an. In einzelnen Fällen bestehen zwar schon jetzt eine Zusammenarbeit zwischen deutscher und jugoslawischen Unternehmungen; aber erstens ist sie nicht ausreichend, und zweitens stellt sich immer wieder heraus, daß die geringe Kapitalausstattung der jugoslawischen Unternehmungen den Umfang solcher Kooperation sehr einschränkt.

Wenn es also demnächst zu Wirtschaftsverhandlungen zwischen der Bundesrepublik und Jugoslawien kommen sollte, wird man deutscherseits von der Voraussetzung ausgehen müssen, daß der Kapitaleinsatz in jugoslawischen Betrieben, die mit deutschen Unternehmungen zusammenarbeiten wollen, verstärkt werden muß. Wie es heißt, besteht hierbei vielleicht die Möglichkeit, daß mit Hilfe eines Wiedergutmachungsfonds langfristig zu vergebende Kapitalmittel eingesetzt werden können. In Belgrad ist schon früher überlegt worden, ob die

in der Vergangenheit von Jugoslawien an die Bundesrepublik gestellten globalen Wiedergutmachungsforderungen nicht auf diese Weise abgegolten werden können.

Vor etwa drei Jahren waren die deutsch-jugoslawischen Wirtschaftsverhandlungen ins Stocken geraten, weil Belgrad eine deutsche Wiedergutmachungsleistung ohne wirtschaftliche Verzahnung mit einer auf längere Sicht gestalteten deutsch-jugoslawischen Wirtschaftszusammenarbeit gefordert hatte. Jetzt wird in Erwägung gezogen, daß deutsche Wiedergutmachungsleistungen in Form von Investitionsgütern in jugoslawische Unternehmungen fließen und dadurch mit modernen und hochleistungsfähigen Maschinen und Apparaturen ausgestattet werden. Der Gegenwert der Güter könnte dann vom Wiedergutmachungsfonds abgebucht werden, so daß die Lieferungen die jugoslawische Devisenbilanz nicht belasten. Ähnlich wäre im Hinblick auf die Modernisierung und Intensivierung der jugoslawischen landwirtschaftlichen Betriebe bestimmter Kategorien zu verfahren.

Ohne Belastung der jugoslawischen Devisenbilanz könnten auf diese Weise auch jugoslawische Betriebswirte, Ingenieure, Techniker und Facharbeiter mit modernen Produktionsmethoden vertraut gemacht werden.

Die erhoffte wirtschaftliche Zusammenarbeit der Bundesrepublik mit Jugoslawien müßte natürlich auch rechtlich abgesichert werden; am besten wohl durch die Aufnahme diplomatischer Beziehungen. Nur auf diese Weise wäre eine intensive Kooperation zum beiderseitigen Nutzen realisierbar.

Dem Vernehmen nach gibt es kaum stichhaltige Argumente dagegen, unter den gleichen Bedingungen und Grundsätzen wie mit Rumänien die diplomatischen Beziehungen auch mit Jugoslawien wieder aufzunehmen. Belgrad und Bonn könnten hierbei von der Voraussetzung ausgehen, daß die Anerkennung des deutschen und des jugoslawischen Standpunktes zu einzelnen Problemen der jeweiligen zwischenstaatlichen Beziehungen feststeht und daß die Normalisierung des Verhältnisses zwischen der Bundesrepublik und Jugoslawien nicht etwa eine juristische Anerkennung unterschiedlicher Standpunkte bedeutet. Die Problematik des weiteren Ausbaus der Beziehungen zwischen Bonn und Belgrad würde dadurch nicht berührt werden.

Entsprechend der Regierungserklärung von Bundeskanzler Kiesinger ist die neue Bundesregierung bereit, das Verhältnis der Bundesrepublik auch zu den ost- und südosteuropäischen Völkern freundschaftlich zu gestalten, sofern dadurch keine nationalen Interessen des deutschen Volkes beeinträchtigt werden. Es ist nicht einzusehen, daß ein so stolzes Volk wie die Jugoslawen diesen Grundsatz nicht respektieren sollten.

+ + +